Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1146, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenbeschäften angenommen. Reklamen die 82 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 4 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 551a. Halle, Montag, den 25. November. 1918.

Für die Nationalversammlung.

Erfreuliche Kundgebungen des Heeres. — Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Heer gegen die Diktatur des Berliner A.- und S.-Rates.

Die Soldatenräte an der Front und in der Heimat für die sofortige Einberufung der Nationalversammlung

WTB. Krefeld, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Die Arbeiter- und Soldatenräte von Krefeld und der vierten Armee beschlossen in einer im Hofe der Husarenkaserne abgehaltenen Versammlung, die Regierung des Reichskanzlers Ebert in jeder Weise zu unterstützen. Sie fordert in einstimmig, ungeachtet von Gegenströmungen einer Minderheit, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung als Lebensinteresse des deutschen Volkes zur Festigung der Stellung nach außen und innen. Diese Forderung gab den einmütigen Willen von 500 000 Frontsoldaten wieder.

*

WTB. Krefeld, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Folgendes Telegramm ist heute an den Volksbeauftragten Ebert gerichtet worden:

Im Auftrage von 500 000 Frontsoldaten verwahrt sich der Soldatenrat der 4. Armee aufs schärfste gegen die Anmaßungen des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin, der unter Umgehung der Nationalversammlung eine diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Volk erstrebt. Die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen.

Im Auftrage von 500 000 Frontsoldaten protestiert der Soldatenrat der 4. Armee gegen die von der Spartakusgruppe beabsichtigte Errichtung des Frontsoldatenrates in Berlin. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front. Die Front hat ihre eigenen Frontsoldatenräte erwählt und nur diese, deren vornehmste Forderung die Einberufung der Nationalversammlung ist, erkennt sie an.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Krefeld und der Soldatenrat der 4. Armee bitten den Reichskanzler, zu dem Erlaß des Oberbefehlshabers der 1. Armee, Generals der Infanterie Eberhard, Stellung zu nehmen, um derartige Erlasse für die Zukunft unmöglich zu machen. In der Republik Deutschland wird der Staatsbürger unentwegt in sich das Pflichtbewußtsein tragen, die zugewiesene oder übernommene Aufgabe zu ausführen, wie es das Volkswohl erfordert. Das alte Regime muß sich stützen auf Befehle und Verordnung; es wurde ihm nicht wohl, wenn es nicht untergeordneten Stellen oder byzantinisch abgestuften Rangklassen befehlen konnte. Die Bürger des Volksstaates kennt nur treue Arbeit und Mitarbeit. Zu dem Verbot des Tragens roter Abzeichen ist zu erwidern, daß Not oder, der General drücke sich doch deutlicher aus, daß die rote Fahne Millionen von unseren Volksgenossen das Zeichen bedeutet, für das sie seit Jahr und Tag mit Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit stritten und litten. Die rote Fahne entfaltet sich im Winde der Freiheit, auch bei der 1. Armee. Anders als unter der gestürzten Herrschaft der Gewalt ist im Volksstaat Raum für jede staatsbürgerliche Partei und ihre Fahne.

*

Eine Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

WTB. Hannover, 24. November. (Drahtnachricht.) Gelegentlich der gestrigen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates des 10. Armeekorps wurde nachstehende von David-sohn eingebrachte Entschließung mit überwältigender Mehrheit (140 gegen 4 Stimmen) angenommen:

Die zur Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte im Bereich des 10. Armeekorps am 23. November 1918 in Hannover versammelten Delegierten erklären die auf Einführung einer Diktatur im Reichsrat ziehenden Bestrebungen als eine schwere Gefahr für die Zukunft der nationalen wie auch der internationalen Hoffnungen und Pläne der Arbeiter- und Soldatenräte. Diese Machtpolitik müsse über kurz oder lang zum Zusammenbruch führen, genau wie die Macht der Hohenzollern.

Im Gedanken der Proportionalwahlen, die wir erstreben, ist zugleich der Gedanke niedergelegt, daß allen Schichten des Volkes die Möglichkeit zur Mitberatung und Mitbestimmung gewährt werden soll. Sobald die Beseitigung der noch zu entsendenden, sowie der wahlberechtigten aktiven Soldaten und der Frauen geschieht (was schnellstens ermöglicht werden soll) muß die Nationalversammlung einberufen werden.

Zur Klärung dieser und anderer wichtiger Fragen ist vorher eine Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte einzuberufen.

*

WTB. Berlin, 24 Nov. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung erläßt heute von der Front an die Soldatenräte folgenden Aufruf:

An alle Soldaten der Heeresgruppen-Oberkommandos der West-, Ost- und Südostfront zur schleunigsten Weiterlieferung an die unterstellten Generalkommandos und Divisionen. Die zahlreichen Kundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommen zu dem dringenden Wunsch auf sofortige Einberufung eines allgemeinen Vertretertages der Truppensoldatenräte, deren Stimmen bei der Neugestaltung der Dinge im Reiche nicht ungehört bleiben sollen. Solchen Vertretern berufen wir schleunst auf den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, nach Bad Ems ein. Jede Division, sowie jedes Korpskommando, jedes Armeeoberkommando und jede Heeresgruppe wollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden. Die Vorbereitungen zur Tagung übernimmt die Oberste Heeresleitung.

*

WTB. Berlin, 24 Nov. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung erläßt folgenden Aufruf:

Mit den Arbeiterbrüdern der Heimat fühlt auch das Feldheer demokratisch und sozialistisch. Deshalb erheben wir schärfsten Einspruch gegen Bestrebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden. Das Feldheer will den friedlichen und geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, es über die bisherige Diktatur zur Errichtung einer neuen Diktatur zu mißbrauchen, weil diese den erreichten Frieden vereitelt und das deutsche Volk dem Hungertode preisgeben könnte.

*

Gegen bolschewistische Methoden.

WTB. Mainz, 24 November. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsausschuß des Mainzer Arbeiter- und Soldatenrates hat an die Reichsregierung ein Telegramm erichtet, das die bildige Einberufung der Nationalversammlung fordert. In einer Vollsitzung der Soldatenräte wurde dem Vollzugsausschuß ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgestellt.

Der zur Mitberatung in der Besatzungssitzung in Mainz eingetroffene Unterstaatssekretär David gab einen Ueberblick über die allgemeine Lage. Er wandte sich scharf gegen bolschewistische Methoden und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit eines möglichst schnellen Zusammentritts der Nationalversammlung, wodurch allein die Errungenschaften der Revolution vor inneren und äußeren Gefahren gesichert werden könnten. Seine Ausführungen fanden lebhaftesten Beifall und allgemeine Zustimmung.

Das Feldheer gegen die Anmaßungen des Polentums.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte der Obersten Heeresleitung erläßt folgenden Aufruf an alle Soldaten des Feldheeres:

Kameraden! Noch leidet das neue Reich an den Rückwirkungen der glänzend geglückten Umwälzung und schon drohen unserer Heimat neue Gefahren. Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neuerstandene Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen und dringt in unser deutsches Land, unser deutsches Vaterland. Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensgrundsätze ferndeutsche Brüder und Landesteile gewaltsam abgetrennt und polnischer Fremdherrschaft unterstellt werden sollen. Uns warnt diese Erscheinung vor Zwietracht und Auflösung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen. Nur dann kann es unserm Einfluß gelingen, einen Völkerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerrissenheit.

Ein Volksschullehrer ins Ministerium berufen.

WTB. Berlin, 24. November (Drahtnachricht.) Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt, daß der Volksschullehrer Menzel-Dahlem, der bekannte Schulpolitiker, in das neue Ministerium berufen worden ist.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

WTB. Beuthen, 24. November. (Drahtnachricht.) Der Bergarbeiterstreik hat sich auf fast das ganze oberschlesische Kohlenrevier ausgedehnt und überall erheblichen Umfang angenommen.

Deutsche demokratische Partei in Düsseldorf.

WTB. Düsseldorf, 24. November. (Drahtnachricht.) Im Anschluß an eine große Volksversammlung wurde die deutsche demokratische Partei in Düsseldorf gegründet. Das Programm wird alsbald veröffentlicht.

Gegen jeden Fraktionsgeist.

Mahnruf in ernster Stunde

von

Carl Helms.

Wie wir's einst so herrlich weit gebracht,
Und wie jetzt alles schon zusammenkracht.

Soll das böse Wort Wahrheit werden? Soll man einst sagen dürfen, daß in schweren und ernsten Stunden statt des Zusammenschlusses die Zersplitterung eintrat? Im Reiche sehen wir die Loslösungsbestrebungen Rheinlands und wir hören, daß der heutige Montag von weittragender Bedeutung sein wird für die Frage, ob die süddeutschen Republiken Bayern, Württemberg und Baden bei dem bisherigen norddeutschen Bundesbruder bleiben werden. Aehnliche Beobachtungen können wir im politischen Parteileben anstellen. Auch hier ist es bisher nicht zu einem engeren und festeren, die Kampfkraft stärkenden Zusammenschluß gekommen. Wir sehen vielmehr mit Betrübnis, wie der Fraktionsgeist, den wir vor jetzt etwa einem Jahrzehnt abgetan zu haben glaubten, wieder kühn sein Haupt erhebt. Der Geist der mangelnden Eintracht und des ungenügenden gegenseitigen Vertrauens in unserem politischen Streben zeitigt böse Früchte. Bedauerlich war die Gründung des demokratischen Volksbundes, bedauerlich war auch, daß bei den Einigungsverhandlungen, die in Berlin zwischen den Nationalliberalen und Fortschrittlern geführt wurden, keine volle Einigung erzielt werden konnte. Aber das wog immerhin noch leicht gegenüber der Tatsache, daß jetzt auch Mitglieder der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei der alten Fahne untreu werden, um Arm in Arm mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen eine neue Partei zu gründen.

Wie stellt sich heute das liberale und demokratische Bürgertum zu den zwei Parteien, zwischen denen es zu wählen hat? Es soll sich entscheiden zwischen der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei. Wir meinen, daß die Entscheidung auch heute nicht schwer sein kann! Die Antwort lautet ebenso klar wie kurz: Der Deutschen demokratischen Partei wollen wir dienen, ihr unsere Kraft weihen, ihre Ideen zu den unsrigen machen. Wir erstreben eine möglichst weitgehende Vereinigung aller demokratisch empfindenden Staatsbürger. Der Zusammenschluß der links gerichteten Nationalliberalen mit den Fortschrittlern bot und bietet die Gewähr für eine Parteibasis zur Konzentration aller Kräfte, die den demokratischen Gedanken weiter ins Volk tragen können. Sie konnten ein Parteiprogramm aufstellen, das dem Geiste der Zeit entspricht, auf innere und äußere Notwendigkeiten Rücksicht nimmt und Zugkraft ausübt. Das kann aber nicht eine Partei, deren stärkstes Rückgrat Politiker sind, die man zu dem rechten Flügel der Nationalliberalen zählen darf. Wäre die Gesamteinigung zwischen den beiden liberalen Parteien zustande gekommen, dann hätten Persönlichkeiten wie Friedberg und Stresemann darin keine besondere Rolle spielen können. Das schien uns in den letzten Wochen stets dringendes Erfordernis, aber auch in den Reihen der Nationalliberalen zeigte man ein starkes Empfinden dafür, daß die Träger dieser Namen in den Hintergrund treten müssen, weil ihre Zeit nun einmal vorbei ist. Wie man auf nationalliberaler Seite über diese Frage dachte, geht aus einem Artikel hervor, der dieser Tage in der „Magdeb. Ztg.", der man zu weitgehende demokratische Gefühle nicht wird vorwerfen können, erschien. Dort wurde u. a. gesagt:

Haben die Demokraten nur einen Teil der nationalliberalen Partei akzeptieren wollen, so wäre dies illiberal, ja unverständlich, haben sie aber nur zur Bedingung gemacht, daß ein Teil der bisherigen nationalliberalen Führer — ebenso wie bei den Fortschrittlern die Pachnicke, Wiemers, Kopsch — zunächst aus dem Vordergrunde zurücktreten sollten, dann sind sie im Recht gewesen. Dr. Stresemann hat sich durch seine Tirpitz-Begeisterung, die wir seit Jahr und Tag bekämpften, durch seine blinde Gefolgschaft auch hinter dem politischen Ludendorff, und vor allem durch sein Verhalten in der Kaiserfrage um den Kredit als vorausschauender politischer Führer gebracht. Kaiser Wilhelm konnte sich mit vollem Recht, als er die rechtzeitige Abdankung ablehnte, auf die Haltung der breiten Größer und Stresemann berufen, die erklärten, daß die Abdankung die Reichseinheit und den Zusammenhalt des Heeres auflösen würde. Die Prophezeiungen sind falsch gewesen — aber die Verantwortung dafür, daß der notwendige Schritt zu spät erfolgt ist, bleibt auf den Führern der bürgerlichen Parteien ruhen. Deshalb ist es nicht zu viel verlangt, wenn man sagt, sie sollten eine Weile von der Oberfläche verschwinden. Auch mit ihren Kriegsprophezeiungen können sie im Wahlkampf von jedem sozialistischen Gegenredner abgeführt werden. Es gibt zu andere Männer, die nicht so optimistisch und nicht so auf die militärischen „Autori-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181125015/fragment/page=0001

kräten" eingeschworen gewesen sind. Von dem sonst so verehrten Dr. Friedberg müssen wir zu unserem Bedauern ebenfalls sagen, daß er sich durch seine zögernde Haltung in der Frage der preußischen Wahlreform und ganz zuletzt noch dem Herrenhaus gegenüber um die Position gebracht hat, die jetzt im Wahlkampfe nötig ist. Vielleicht kommen wieder andere Zeiten, wo wir die alten Führer brauchen — aber jetzt gilt die Parole: Schlicht die Reihen, los vom Alten, los, wenns sein muß, auch von Berlin!

Hier ist das gesagt, was für die Beurteilung der Frage von Wichtigkeit ist. Friedberg und Stresemann sind politisch so belastet, daß sie der neuen deutschen demokratischen Partei zum Verderben gereicht haben würden, wenn sie irgendwie in eine führende Stellung gekommen wären. Beide Männer haben für absehbare Zeit nicht den politischen Kredit, den Volksführer unter so schweren Verhältnissen unbedingt gebrauchen. Sie würden innerhalb der demokratischen Reihen Führer geworden sein, die die Massen abstoßen, die entweder in das Lager der Gegner treiben oder zur politischen Gleichgültigkeit zurückbringen. Sollen wir nun annehmen müssen, daß diese Führer deshalb zur Zersplitterung des Bürgertums ihr redlich Teil beitragen, weil ihnen eine Führerrolle in der neuen Demokratie nicht zugedacht werden kann? Sollen sie sich selbständig machen und zum Fraktionsgeist treiben wollen, weil sie vor enttäuschten Hoffnungen stehen? Lassen wir diese Fragen unbeantwortet! Nur soviel darf festgestellt werden, daß das Wirken dieser Männer während des Krieges kein Gewinn für unser Vaterland wie auch für unser politisches Leben war. Gleiches gilt für die Schritte, die Friedberg und Stresemann soeben unternommen haben!

„Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh' . . . So möchte man den seitherigen Abgeordneten Wiemer und Kopsch zurufen, die bisher schon auf dem rechten Flügel der Fortschrittler standen. Sie haben rechts Anschluß gefunden, während sie bei den Fortschrittlern mehr als reichlich durch den linksnationalliberalen Zugang ersetzt wurden. Nun könnte man fast meinen, daß alles hübsch beim alten bleibt, daß lediglich die Namen der beiden bisherigen Parteien gewechselt werden und daß einige Abgeordnete jeder der beiden Gruppen ihren Platz gewechselt haben. Die übriggebliebenen Nationalliberalen, die selbst für den Namen ihrer neuen Partei eine geistige Anleihe machen mußten (die Deutsche Volkspartei war aufrichtig und streng demokratisch, sie ging vor 10 Jahren durch Fusion in die Fortschrittliche Volkspartei auf), werden bei weitem nicht mehr die Bedeutung aus der Zeit des gestürzten Regimes haben, weil die Zeit für jede Wetterjahnenpolitik vorüber ist. Heute bedarf es klarer Entscheidungen. Man kann heute nicht mehr liberal und demokratisch sein wollen und mit der Rechten kokettieren. Eine solche Partei hat ein für allemal ihre Existenzberechtigung verloren. Die neue Partei mit dem gemauzten Namen als Aushängeschild wird auch schon deshalb keine übertriebene Bedeutung haben, weil die Massen des Bürgertums die demokratischen Notwendigkeiten erkennen.

Die Einigung des Bürgertums zum Kampfe gegen jeden Feind kann nur auf demokratischer Grundlage erfolgen. Mit einem jeden engen Fraktionsgeist verfündigt man sich an der großen Idee, deren praktische Durchführung dem Wohle des Vaterlandes dienen soll. Wir denken heute mit Schaudern an die Zeiten, wo drei liberale Parteien in den Wahlkampf zogen und sich hier und da auch regelrecht bekämpften. Es ist keine schöne Erinnerung, wie die drei Fraktionen im Reichstage oft getrennt marschierten, bis sie sich endlich eines Tages zu der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft zusammenschlossen. Soll die große und überaus schwere Zeit ein so kleines Bürgergeschlecht vorfinden, das die Sündhaftigkeit einer jeden Zertrümmerung nicht erkennt? Sollen wir die letzten 10 Jahre parteipolitisch umsonst gelebt und gearbeitet haben, um wieder in die Zeit engsten Fraktionsgeistes zu verfallen? Das kann nicht sein und das darf die Masse des Bürgertums nicht wollen. Das ganze freiheitlich gerichtete Bürgertum muß sich heute geschlossen und einig um eine Fahne sammeln: Das ist die Fahne der Deutschen demokratischen Partei! Es ist eines Volkes, zu dessen geistigen Ahnen Männer wie Leibni, Kant, Schiller und Goethe gehört haben, unwürdig, wenn wieder ein politischer Zustand eintritt, von dem die Reaktion auf der einen Seite oder die Spartakusmänner auf der andern Ihren Profit ziehen müssen. Die Demokratie wird nicht die große führende Rolle spielen können, sie wird zur Ohnmacht verurteilt werden, wenn erneut eine unselige Parteizersplitterung eintritt, die wir heute weniger denn je gebrauchen können. Die Zugkraft des wahrhaft demokratischen Gedankens zeigt sich dadurch, daß sich schon in einer Reihe von Städten Nationalliberale und Fortschrittler unbekümmert um den unschönen Berliner Parteihader, vereinigt haben unter dem Namen der Deutschen demokratischen Partei. Wir zweifeln nicht daran, daß die parteipolitische Forderung des Tages auch in der Provinz Sachsen Erfüllung finden wird.

Bei allen Entscheidungen, die die einzelnen Ortsgruppen der Nationalliberalen und Fortschrittler in den nächsten Tagen zu treffen haben werden, möge man stets der Tatsache eingedenk bleiben, daß die Zukunft der Demokratie auf lange hinaus gefährdet ist, wenn wir uneinig werden. Die Feinde eines jeden Eigentums werden immer dreister ihr Haupt erheben und die kaum geschlagenen Gewalten des alten reaktionären Obrigkeitsstaates werden aufs neue ihr verderbliches Treiben beginnen, wenn das Bürgertum in dem jetzigen Augenblick versagt! Es kann nicht oft genug betont werden: Staat, Kultur und Gesellschaft werden mit demokratischem Geiste nur erfüllt werden können, wenn wir einig und geschlossen bleiben!

Sitzung des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Der Vollzugsrat trat heute vormittag 10 Uhr im Ministerzimmer des preußischen Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung zusammen. Ein delegierter Bayer und zwei Delegierte Badens wohnten der Sitzung als Stimmberechtigte bei. Zur Entscheidung stand zunächst die von den Arbeiter- und Soldatenräten im Zirkus Busch einberufene Frage, ob die Räte sich ausschließlich aus Handarbeitern zusammensetzen sollen, oder ob auch die Vertreter intellektueller Kreise zuzulassen sind. Aussprache und Abstimmung ergaben volle Uebereinstimmung, daß sämtliche Vertreter des werktätigen Volkes, also auch die geistigen Arbeiter, aufgenommen werden sollen, sofern sie sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeiterrepublik einfügen. Von einem Mitgliede des Vollzugsrates werden Richtlinien über die Befugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte vorgelegt, worin deren nächste und dringendste Hauptaufgaben dargelegt werden. Im Vordergrunde stehen Ernährungs- und Demobilisierungsfragen. Ueber die Einzelheiten entspinnt sich eine längere Aussprache. Die Abstimmung ergibt einstimmig die Annahme der Richtlinien, die der Presse zugehen.

Die Entlassungen bei dem Heimatheer.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Vom 1. Dezember 1918 ab sind aus dem Heimatheere zu entlassen: 1. Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahre 1880 bis einschließlich 1886. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnungs-, Arbeits- und Bewachungsdienstes können Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgehalten werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die auch bei Auflösung der mobilen Formationen frei werden. 2. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in der Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen nach der langen schweren Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Mannschaften mit allen Erleichterungen zu dienen. Nicht nur die Gesamtheit, sondern auch jeder einzelne soll ihnen gegenüber im innersten kameradschaftlichen Geiste handeln. Vergessen wir nicht, wie sie für die Heimat gekämpft haben. 3. Soweit diese in der Heimat nicht zum Grenzschutz oder zur ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Dienstes verwendet werden, sollen sie sofort aufgelöst oder in den Friedensstand zurückgeführt und alle Jahrgänge bis auf die von 1896—99 ordnungsmäßig entlassen werden. Die letzteren Jahresklasse sind in die Ersatztruppen der Friedensformation oder in diese selbst zu überführen.

Abschiedsgruß des neuen Deutschland an die britischen Gefangenen.

WTB. Berlin, 24. November. (Drahtnachricht.) Unter dem Vorsitz Schefsingers tagte in der Philharmonie eine starkbesuchte Versammlung britischer Gefangener und ihrer deutschen und amerikanischen Freunde. Der Vorsitzende betonte, daß die Gefangenen die Weihnachten in ihrer Heimat verleben würden, die deutschen Gefangenen aber noch weiterhin in fremdem Lande bleiben müßten. Die Vertreter des britischen Roten Kreuzes berichteten über die Tätigkeit des britischen Roten Kreuzes zugunsten der Gefangenen. Dann sprach Unterstaatssekretär Eduard Bernstein, der den Gefangenen vor Augen stellt, daß viele Männer und Frauen Deutschlands leidenschaftlich eintraten, daß die Gefangenen in humanster Weise behandelt wurden. Zuletzt sprach Ledebour, der den Gefangenen von seiner Anwesenheit in den Jahren 1876—1882 in England erzählte. Er habe für die Buren, auch für Irland und die irischen Arbeiter gekämpft, aber sich denn der sozialistischen Partei angeschlossen und seit Beginn des Krieges gegen den Krieg gewirkt und allezeit die Kriegskredite verweigert. Ledebour wandte sich dann direkt an die Gefangenen und sagte, daß England und Frankreich im Begriffe ständen, an Rußland ein Verbrechen zu begehen, indem sie Truppen dorthin senden, um den Sozialismus in Blut zu ersticken und Rußland wieder unter die Herrschaft des Kapitalismus zu bringen. Rußland sei eine freie Republik. Da rief ein Engländer: Rußland ist nicht frei! Es wird von einer gewaltsamen Minderheit beherrscht. Sind wir russisch: Beschwichtigt Ledebour rief: Lügel Zeitungslügen! Kein anderes Volk hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu mischen. Beifall. Unruhe. Zum Schluß verließ eine Engländerin einen tiefgefühlten Abschiedsgruß an das deutsche Volk.

Deutsch-Südtirol italienisch.

WTB. Innsbruck, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Zwei italienische Armeekorps stehen in Südtirol. In den südtirolischen Gebietsbezirken wurden alle deutschen Aufschriften entfernt. Den Plakaten nach zu schließen die in den Gemeinden Südtirols angebracht sind, beabsichtigen die Italiener, den deutschen Südtirol Tirols zu behalten. Die Einwohner werden bereits als Staatsangehörige Italiens behandelt.

Die Bukowina von der rumänischen Armee besetzt.

WTB. Wien, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Die ganze Bukowina ist von der rumänischen Armee besetzt. Der frühere Verteidiger General Fischer ist verhaftet und nach Jassy abgeführt worden. Ueber den gesamten ukrainischen Bezirk wurde das Standrecht verhängt. Die rumänische Armee überschritt bereits die Grenze.

Belgien pumpt weiter bei Amerika.

WTB. Washington, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Das Schatzamt gewährt Belgien einen weiteren Vorschuß von 198 120 000 Dollars.

Die neueste Protestnote an unsere Gegner.

Ein Waffenstillstand der Vernichtung und Vergewaltigung.

Berlin, 23. November. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk zum Vermittelungs eines Waffenstillstandes an Präsident Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und von dem Wunsche einer

zukünftigen Versöhnung der Völker

beherrschten Waffenstillstands ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Vernichtung gewoden.

Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern die

Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie sollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen, sie sollen das schwergeprüfte Land

dem Chaos und der Anarchie preisgeben.

Unsere feierlichen Proteste gegen diese der Menschlichkeit hohnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Verzweiflung begründet sein, daß Deutschen Reiche der Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wiederbeginnen und

kann es nicht.

Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Mittel, gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf die Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes!

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung

ohne Nachricht

darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk den Anfang machen wollen.

Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gebeugten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung der unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen

ins Unrecht zu setzen

und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für eine Fortsetzung des Krieges.

Wenn der Friede als ein Rechtsfriede geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen der Friedenskonferenz in den rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden.

Die deutsche Regierung muß diesem von dem Präsidenten aufgestellten Grundsatz gegenüber feststellen, daß die von der Französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßregeln, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelnen Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gegen die Deutschen, nichts anderes sind, als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses, legt die deutsche Regierung

den schärfsten Protest

ein. Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden es wird nicht aufhören zu leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, den 23. November 1918.

gez.: Solf.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Foch lehnt alle weiteren Einwände ab.

Die rücksichtslose Ausnutzung der Machtbrutalität durch die Franzosen.

WTB. Spa, 24. November. In der heutigen Vollsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Nudant mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also eine Verlängerung der Räumungsfrist — abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an der Hand der Karte und unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgesetzten Fristen eine Armee von über 3 000 000 Mann in Ordnung auf den schlechten und engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Nudant, daß er

detaillierte Mitteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen

werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei nun einmal so und nicht anders. Das sei unser schwacher Punkt. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser sein. General Winterfeld verlas hierauf die bereits mitgeteilte Protestnote. Auch in den Beratungen der Sonderkommissionen für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenenrückgabe usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos seine Macht ausnützt. Die Forderungen, die bezüglich der Beschaffenheit des zu liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und dergleichen erhoben werden, sind praktisch unerfüllbar. Obwohl Marschall Foch bereits bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf die

Undurchführbarkeit der Bedingungen feierlich hingewiesen

worden war und dieser Hinweis seitdem wiederholt vorgebracht worden ist, so sucht er offenbar seinen Triumph darin, die aufgezwungenen Bedingungen auf das schärfste zu seinen Gunsten auszunutzen und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Tausende, vielleicht Hunderttausende, auf dem Rückzuge vor Geisteskrankheit am Wege umkommen oder in Gefangenschaft geraten. Auch ob unser ganzes Transport- und Ernährungswesen zusammenbricht, Hungersnot und Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint den egoistischen Franzosen gleichgültig zu sein.

Prinz Max von Baden und die Verwundeten-Fürsorge.

Der Geist der Unversöhnlichkeit.

WTB. Frankfurt a. M., 23. November. Auf ein durch Vermittelung des Genfer Roten Kreuzes an den Prinzen Max von Baden gerichtetes Ersuchen des englischen Roten Kreuzes, seinen Einfluß für eine bessere Behandlung und die sofortige Heimkehr der englischen Gefangenen geltend zu machen, hat der Prinz folgendes Telegramm abgesandt:

Ich werde den Wunsch des englischen Roten Kreuzes an die zuständige Stelle weiterleiten, deren der Sammlung die ich seit Kriegsbeginn in der Gefangenenfürsorge eingenommen habe. Ich halte es aber für meine unabweisliche Pflicht, es offen auszusprechen und Sie zu bitten, es dem englischen Roten Kreuz in meinem Namen mitzuteilen, daß alle vom Geiste der Unversöhnlichkeit erfüllten Waffenstillstandsbedingungen die darauf hinauslaufen, Hungersnot und Auflösung oder Ordnung, endlich den Einbruch der Alliierten in Deutschland herbeiführen, notwendigerweise auch auf die Verpflegung und den Abtransport aller, auch der englischen Gefangenen zurückwirken müssen. Erhebt das englische Rote Kreuz Einspruch, so erfülle ich es meinerseits als Gebot der Menschlichkeit für alle wohlwollend denkenden Engländer und ihre gleichgesinnten Verbündeten, dahin zu wirken, daß sie sich entschließen, die Länder von dem Alpdruck zu befreien, ein Werk zu tun, das der Summe unritterlicher Vergewaltigung und unchristlicher Gesinnung für alle Zeiten tragen wird.

ges.: Prinz Max von Baden.

Fußballsport in Halle.

Sportfreunde gegen Borussia 3 : 0.
V. f. B. Merseburg—Halle 96 2 : 2.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Miesckner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181125015/fragment/page=0002